

15 und 4 - Über die Verteilung des Wohlstands der Nationen

von

Heiner Flassbeck

WuM, Juli 2002

Die Lohnrunde der Metallindustrie in Deutschland ist undramatisch zu Ende gegangen. Die Gewerkschaften sehen eine vier vor dem Komma, die Arbeitgeber rechnen mit einer drei und die wissenschaftlichen Auguren des mainstream wiegen bedenklich mit den Häuptern, weil nach ihrer Auffassung weniger (Lohn) natürlich mehr (Beschäftigung) gewesen wäre. Genau zur gleichen Zeit positionieren sich die deutschen Unternehmen neu. Nach dem Gewinnrausch der 90er Jahre und dem tiefen Einbruch der Erträge seit Anfang 2001 werden nun die strategischen Ziele für den Aufschwung festgelegt. Manche, wie der neue Chef der Deutschen Bank schauen unmittelbar auf den Aktienkurs, den sie in wenigen Jahren verdoppeln oder doch wenigstens so hoch treiben wollen, daß feindliche Übernahmen ausgeschlossen sind. Andere setzen sich Renditeziele, die nicht nur die Dividendenvorstellungen der Aktionäre befriedigen, sondern auch den nationalen und internationalen Anlegern attraktive Bedingungen bieten sollen.

Die benchmark, das im internationalen Vergleich zu erreichende Niveau der Rendite, wird dabei nach einer Faustregel der 90er Jahre meist auf 15 % festgelegt. Fünfzehn Prozent Rendite auf das eingesetzte Kapital nach Steuern, so der häufig zu hörende Satz, müsse man schon bieten, um im weltweiten Wettbewerb anspruchsvolle Anleger anzulocken. Diese Größenordnung ruft offenbar keine schwere-Bedenken-tragenden Ökonomen auf den Plan. Hier geht es offenbar im Gegensatz zum Arbeitsmarkt um einen richtigen Markt, und wenn der Markt entscheidet, Kapital bekomme nun mal 15 %, dann ist das von vorneherein genauso in Ordnung, als wenn das Kilogramm Kartoffeln wegen einer schlechten Ernte auf einmal 3 Euro statt 2 Euro kostet. Sogar die Tatsache, daß Kapitalanleger häufig "Ansprüche" anmelden, ruft die Puristen der Marktwirtschaft nicht auf den Plan, obwohl man im ersten Semester Ökonomie lernt, daß Nachfrage und Angebot über den Preis entscheiden, niemals aber ein "Bedarf" oder ein "Anspruch", den einer anmeldet.

4 Prozent für Arbeit mit Hängen und Würgen, 15 Prozent für Kapital als schiere Selbstverständlichkeit: Willkommen in der schönen neuen Welt der ungebremsten Kapitalströme. Alle lechzen offenbar nach Kapital. Wenn der - im wahrsten Sinne des Wortes - anspruchsvolle Anleger in einem Land keine 15 % bekommt, geht er woanders hin. Kapital ist eben weltweit knapp, wirft der gelernte Ökonomieexperte ein, während Arbeit weltweit im Überfluß angeboten wird, da müssen sich die Preise deutlich unterscheiden. Stimmt nur leider nicht. Wie der jüngste Gewinneinbruch zeigt, gibt es derzeit ein riesiges Überangebot an Kapital auf der Welt. Nicht nur Finanzkapital sucht händeringend nach Anlage, auch schon in Sachanlagen investiertes Kapital ist in hohem Maße arbeitslos, weil unausgelastet und harrt seiner baldigen Abschreibung.

Wenn die Arbeiter auf Arbeitslosigkeit mit Lohnmäßigung reagieren sollen, muß man auch von der Kapitalseite verlangen, daß sie ihre "Ansprüche" der Marktlage anpassen und eine kritische öffentliche Diskussion über das Verständnis der Anleger von Marktwirtschaft be-

ginnt, wenn sie nicht bereit sind, das zu tun. Fünfzehn Prozent Rendite bedeutet schon in normalen Zeiten, daß es eine enorme Umverteilung innerhalb der Gesellschaft gibt. Da logischerweise nur verteilt werden kann, was erwirtschaftet wird, und jährlich höchstens 5 bis 6 % (inklusive 2 bis 3 % Preissteigerung) erwirtschaftet werden, sind 15 % für die Kapitalseite gleichzusetzen mit der Aufforderung an die Arbeitsseite und den Staat, eine massive Umverteilung der Einkommen auf Dauer hinzunehmen bzw. aktiv zu bewerkstelligen.

In den 90er Jahren hat man den notwendigen politischen Druck für eine Umverteilung dieses Ausmaßes mit dem Hinweis auf die mögliche Abwanderung von Kapital in andere Länder zustande gebracht. Doch diese Drohung wird nicht mehr lange greifen. Nirgendwo auf der Welt können nämlich 15 % auf Dauer erwirtschaftet werden. Argentinien konnte natürlich keine 15 % bezahlen, obwohl es Anleihen mit dieser irrsinnigen Verzinsung gegeben hat, die Ukraine oder Rußland ebensowenig. Da die letzten Hochzinsländer gerade dabei sind, wirtschaftspolitisch zu scheitern, läuft die Drohung mit der Abwanderung ins Leere. Daher wird man sich vor allem in Deutschland schon bald rückbesinnen müssen auf einen einfachen Zusammenhang, der in der Euphorie der Globalisierung nach dem Fall der Mauer offenbar untergegangen ist: Eine permanente Umverteilung kann es weder von Kapital zu Arbeit noch von Arbeit zu Kapital geben.

Würden die Arbeiter in der Auseinandersetzung um das gemeinsam erwirtschaftete Realeinkommen immer gewinnen, blieben am Ende weder Unternehmer noch Arbeitnehmer übrig, weil die Investitionen und die Arbeitsplätze in den Unternehmen, somit die tragende Säule des marktwirtschaftlichen Systems mangels Gewinnen wegbrechen würde. Würden die Kapitalbesitzer immer gewinnen, ereilte die Volkswirtschaft das gleiche Schicksal, weil es am Ende niemand mehr geben würde, der die Produkte der Unternehmen kaufen könnte, was auch die Gewinne verschwinden lassen würde. Wer - wie 90 % der deutschen Ökonomen - predigt, die Arbeitnehmer müßten sich bei Arbeitslosigkeit zurückhalten und dürften auch bei höherer Beschäftigung nur den Zuwachs der Produktivität erhalten, verstößt gegen diese fundamentale Regel und diskreditiert die Ökonomie als gesellschaftlich relevante Wissenschaft.

Die fatale Neigung der deutschen Politik und der Lobbygruppen, mehr über Umverteilung zu sprechen als über den Zuwachs des für alle verfügbaren Realeinkommens, hat in den vergangenen Jahrzehnten schweren Schaden angerichtet. Nach vierzig Jahren Umverteilung (von 1960 bis 1980 zugunsten der Arbeitnehmer, von 1980 bis 2000 vollständige Rückverteilung zugunsten der Unternehmen) wäre es an der Zeit, die unselige Umverteilungsdebatte an den Nagel zu hängen. 15 und 4 sowie die Drohung mit Abwanderung des Kapitals ist so wenig eine zukunftstaugliche Formel wie das Kampfgeschrei der Gewerkschaften in den 70er Jahren. Andere Länder waren weniger laut in Sachen Umverteilung, dafür aber viel erfolgreicher in Sachen Wachstum für alle und bei der Schaffung von Arbeitsplätzen. Wenn jetzt darüber gestritten wird, warum Deutschland beim Wachstum in den 90er Jahren Schlußlicht in Europa ist, darf man die Verteilungsfrage nicht vergessen.